Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1897

294 (16.12.1897) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokal-Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 16. Dezember 1897.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 14. Dezember.

Das Haus ist schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky, Tirpitz, v. Goßler, Frhr. v. Thielmann, v. Podbielski u. A.

Das Haus nimmt zunächst in dritter Lesung das Abkommen an, betreffend die gemeinsame Regelung einiger Fragen des internationalen Privatrechts in den Staaten Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal, der Schweiz, Schweden-Norwegen, Holland, Deutschland und Oesterreich.

Darauf wird die erste Berathung des Etats fortgesetzt.

Abg. **Rickert** (Fr. Vgg.): Der Abg. Graf Limburg hat die Gelegenheit der Flottengesetzberathung dazu benutzt, die Behauptung aufzustellen, daß das Ansehen Deutschlands unter dem Nachfolger des Fürsten Bismarck, dem Grafen Caprivi gesunken sei. Hätte dies der Abg. Bebel oder Richter oder ich z. B. gesagt, welches Halloh wäre auf Ihrer Seite (nach rechts) entstanden, welcher Mangel an Patriotismus wäre uns vorgeworfen worden. Natürlich, so etwas über den Grafen Caprivi zu behaupten, ist sehr leicht; denn der Mann ist zu vornehm, um auf Ihre fortwährenden Angriffe etwas zu erwidern. Das Wort, daß die Handelsverträge geradezu eine rettende That gewesen seien, hat im ganzen deutschen Volke den lebhaftesten Widerhall gefunden. (Lachen rechts. Abg. v. Massow: Wir haben dagegen gestimmt!) Ja, Sie persönlich. (Zuruf rechts: Wir!) Aber auch gegen den österreichischen Handelsvertrag? (Abg. v. Massow: Ja, gegen alle!) Ihre anerkannten Führer, Herr v. Levetzow und v. Manteuffel, haben mit uns für den österreichischen Handelsvertrag gestimmt. Und das war der Anfang der Handelsvertragspolitik, die ein bleibendes historisches Verdienst des Grafen Caprivi ist. (Lachen rechts.) Am 20. Dezember 1891 stand in einem angesehenen konservativen Blatte ein langer Leitartikel über die kolossalen historischen Verdienste des Grafen Caprivi. Und ist es nicht gerade Graf Caprivi, der unser gegenwärtiges gutes Verhältniß mit Rußland möglich gemacht hat? (Lachen rechts.) Wenn es nach Ihnen ginge, Herr v. Kardorff, dann wäre der jetzige Völkerfriede unmöglich, dann befänden wir uns in einem Zollkrieg Aller gegen Alle! (Lachen rechts.) Graf Caprivi gehört unserer Partei nicht an — (Abg. v. Kardorff: Sie können ihn haben! Heiterkeit rechts), durch solche Redensarten werden Sie das Verdienst des Grafen v. Caprivi nicht verkleinern. Ich habe die Hoffnung, daß die „rettende That" des Grafen Caprivi durch die gegenwärtige Regierung aufrecht erhalten und weiter geführt wird. (Lachen rechts.)

Der Staatssekretär hat von der neuen Einrichtung eines Zollauskunftsbureaus gesprochen. Ich begrüße diese Einrichtung mit Freuden und hoffe, daß alle Hindernisse, die den vom Reichstag auf diesem Gebiete geäußerten Wünschen entgegenstehen, fortgeräumt werden. Die Reichsfinanzreform der Regierung werden wir nach wie vor bekämpfen. Wir werden an der clausula Frankenstein festhalten, gleich den Herren vom Centrum, bis hierfür ein konstitutioneller Ersatz vorhanden sein wird. Die Einführung der Matrikularbeiträge haben wir als einen vorläufigen Nothbehelf angenommen. Ob die Reichseinkommensteuer oder ein anderer Weg die richtige Lösung bringen wird, lasse ich dahingestellt. Ob die Finanzlage sehr günstig oder weniger günstig ist, darüber kann man streiten. Als die Regierung neue Steuern wollte, hat sie die Finanzlage ungünstig hingestellt, jetzt, wo sie Millionen für das Flottengesetz haben will, ist die Lage günstig. Mit Herrn Dr. Lieber, den ich zu meiner Freude wieder hier im Hause sehe, bin ich einverstanden, daß, falls neue Lasten nothwendig werden sollten, diese nicht auf die schwachen Schultern, sondern auf die leistungsfähigen geschoben werden. Wie steht es übrigens mit der Frage der Getreidezölle nach Ablauf der Handelsverträge? Blätter, die mit der Regierung in naher Fühlung stehen sollen, haben verkündet es sei nicht daran zu denken, daß später wieder neue Tarifverträge abgeschlossen würden. Sonst pflegen doch derartige wichtige Mittheilungen sofort dementirt zu werden. Hier aber ist alles still geblieben. Bewundern muß ich den unverlöschlichen Optimismus des Herrn v. Kardorff. Gerade wenn es mit seinen Ideen am schlechtesten geht, hat er die größten Hoffnungen. Das hat er gestern wieder gezeigt. Jetzt, wo selbst Rußland zur Goldwährung übergegangen ist, pflanzt er noch am Grabe des Bimetallismus die Hoffnung auf. Mit dem Börsengesetz haben Sie (nach rechts) sich offenkundig verrechnet. Aber Sie können nicht mehr gut zurück und darum behaupten Sie, es wirke ganz nach Ihren Wünschen. Herr v. Kardorff wünscht, daß die Reichsbank den Agrariern dienstbar gemacht werde. (Abg. v. Kardorff: Wo habe ich das gesagt?) Ich rufe das ganze Haus zum Zeugen an, daß dies inhaltlich zutrifft.

Auch meiner Ansicht nach ist es nicht richtig, die Maschine der Gesetzgebung fortwährend so sehr im Rollen zu erhalten, daß kein Mensch mehr weiß, woran er ist. Auf die einfachsten, wichtigsten Gesetze müssen wir dagegen Jahre lang vergeblich warten. Mit 277 Stimmen hat der Reichstag die Aufhebung des Koalitionsverbots verlangt. Ich bin zu sehr Optimist gewesen; jetzt muß ich sagen, schäme ich mich dessen. Der Reichskanzler hat sein Wort dafür eingesetzt, daß das Koalitionsverbot bis zum Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuchs aufgehoben sein wird, und ich halte es für selbstverständlich, daß dieses Versprechen eingelöst werden muß. — Im Landtage haben die Konservativen für Schulzwecke nicht das Nothwendigste bewilligen wollen; da ist es Zeit, dafür zu sorgen, daß dort eine andere Majorität einzieht. Unsere Flotte hält Herr Bebel für eine bloße Liebhaberei. Er vergißt aber, daß unsere Küstenbefestigungen zum Schutze der Küste nicht ausreichen, und daß dazu Schlachtschiffe nothwendig sind. Wenn wir lange gegen die plötzliche Vermehrung der finanziellen Aufwendungen für die Flotte gekämpft haben, so geschah es im Wesentlichen unter Berücksichtigung der riesenhaften Fortschritte der Technik. Mit dem Flottenprogramm aber hat sich der Reichstag schon 1867 einverstanden erklärt und auch die damalige Fortschrittspartei hat ihm zugestimmt. Es ist ja allerdings zu beklagen, daß wir für den Bau von Panzerschiffen so große Summen aufwenden müssen, aber wir werden doch darauf eingehen müssen, sie der Regierung und dem Vaterlande zum Schutze seiner Küsten zur Verfügung zu stellen. Auch die Sozialdemokraten sind ja sogar militärfromm geworden, sie haben dem Kriegsminister bezüglich der Artillerie-Forderungen keine Schwierigkeiten bereitet und in Hamburg hat Herr Bebel auf dem sozialdemokratischen Parteitage selbst erklärt: Da wir den Krieg nicht verhindern können, so müssen wir auch dafür stimmen, daß unsere Soldaten eine Uniform erhalten, in der sie nicht so leicht als Zielpunkte zum Todtschießen erkannt werden. (Abg. Bebel: Davon habe ich kein Wort gesagt.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Reichskanzler fragen: Ist etwas Wahres an den Gerüchten, daß die zweijährige Dienstzeit nach Ablauf des Quinquennats wieder aufgehoben werden soll? Dieses Gerücht hat in weite Kreise des Volkes große Beunruhigung hineingetragen, und ich würde mich freuen, wenn dieselbe durch eine Erklärung des Reichskanzlers zerstreut würde. Ferner bitte ich um Aufschluß darüber, ob das Gerücht von einer beabsichtigten Vermehrung der Infanteriebataillone auf Wahrheit beruht.

Herr von Leipziger hat sich auch mit dem Bauernverein „Nordost" beschäftigt; er thut so, als ob dieser Verein garnichts zu bedeuten habe. Das kann man angesichts seiner Erfolge in Pommern nicht sagen, denn dort befinden sich die Konservativen bereits auf der Retirade. (Große Heiterkeit. Zuruf des Abg. Dr. Kropatschek.) Was verstehen Sie denn von der Landwirthschaft, Sie Mann ohne Aar und Halm? (Heiterkeit.) Ich wünschte, der Reichskanzler hätte Gelegenheit zu sehen, wie bei uns in Pommern (Lachen rechts) —, mit welcher Arroganz dort amtliche Organe seitens der Beamten für ihre eigenen politischen und agrarischen Zwecke benutzt werden. Ich erinnere an die Bekanntmachung des Landraths v. Puttkamer, in welcher er in amtlicher Form seine Gemeindevorsteher zum Besuch einer Versammlung aufforderte, um „dem Rickerl" entgegenzutreten. Es ist geradezu unerhört, was so ein untergeordneter Beamter sich dem Reichstage, der höchsten gesetzgeberischen Körperschaft, gegenüber alles herausnimmt. (Unruhe rechts.) Daß die Herren auf der rechten Seite an den parlamentarischen Institutionen keine Freude haben, wissen wir wohl, aber Gott sei Dank, sind solche absolutistischen Neigungen im deutschen Volk noch nicht sehr verbreitet. — Ein Landrath, der sich derartiges herausnimmt, muß zur Raison gebracht werden, er muß zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen strenge Zucht an unseren Beamten üben, und um diese gut durchzuführen, bedarf es eines **Gesetzes über die Beamtenverantwortlichkeit und den Mißbrauch der Amtsgewalt.** Ich bitte den Reichskanzler, sich auch hierüber zu äußern. Im ganzen Lande herrscht große Unzufriedenheit, wer das in Abrede stellen wollte, der leugnete das Sonnenlicht. Aber vom Bunde der Landwirthe wird noch ein Uebriges gethan. Da werden die Zustände so schwarz geschildert, daß die Herren Sozialdemokraten noch die reinen Waisenknaben gegenüber den Herren Agrariern sind. (Große Heiterkeit.) Diese unzufriedene Stimmung wird nur genährt von denjenigen, die in ihrer Begehrlichkeit keine Grenzen kennen. (Unruhe rechts.) Lassen Sie den Pessimismus und die Gährung im Lande so weiter wachsen, dann können Sie sich nicht wundern, wenn die Sozialdemokratie und kein Anderer die Früchte einheimst. Wir haben aber nicht nur nöthig, uns an die Regierung zu wenden, sondern auch an Männer in unseren eigenen Reihen. (Lachen rechts und Rufe: Aha!) Ich bin der festen Ueberzeugung, ein Agrarierthum, **wie wir es heute haben, wäre nicht möglich, wenn der Liberalismus nicht in seinen eigenen Reihen so zerfahren und zerrissen wäre.** (Lachen rechts.) Tausende von deutschen Bürgern ziehen sich deshalb vom politischen Leben zurück, und diese tausende sind wahrlich nicht die schlechtesten. Diese wieder zur öffentlichen Arbeit heranzuziehen, das ist unsere Sorge. Und wenn es sich um Personen handeln sollte — was mich betrifft, ich gebe meinen Platz im öffentlichen Leben vollständig frei. (Lachen rechts.) Mir liegt nichts daran. Was ich aber wünsche, ist, daß die Liberalen einsehen, daß ihnen ein Gut anvertraut ist, das sie nicht vernachlässigen dürfen. Sie haben es vor der Geschichte und unseren Nachkommen zu verantworten, wenn sie es dazu kommen lassen, daß eine solche egoistische Interessenpolitik, wie sie der Bund der Landwirthe betreibt, bei uns Oberwasser bekommt. Sorgen wir dafür, daß dem Vaterlande kein Nachtheil geschieht! (Beifall links. Zischen rechts.)

Kriegsminister **v. Goßler:** Der Vorredner hat angefragt, wie es nach Ablauf des Quinquennats mit der zweijährigen Dienstzeit stehe, und seine Anfrage damit motivirt, daß eine Antwort darauf zur Beruhigung weiter Kreise dienen würde. Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, hierauf eine strikte Antwort zu geben. Die Entscheidung ruht bei den verbündeten Regierungen, und diese herbeizuführen, liegt keine Veranlassung vor, weil ja das künftige Gesetz den diesjährigen Reichstag nicht mehr beschäftigen wird. Wir haben vollkommen Zeit gehabt, etwaige Mängel der Organisation zu erkennen und an Abhilfe zu denken. Soweit die Vorbereitungen gediehen sind, darf ich Ihnen daraus mittheilen, **daß es nicht in der Absicht liegt, die gegenwärtige zweijährige Dienstverpflichtung zu ändern** (hört, hört!). Wir verkennen keineswegs die Anstrengungen, die die zweijährige Dienstzeit dem Ausbildungspersonal und den Mannschaften selbst auferlegt; aber es ist keine Erscheinung zu Tage getreten, die eine Aenderung nothwendig macht (hört hört! links). Was die Gerüchte über eine wesentliche Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone betrifft, so hat die Neuorganisation erst in diesem Jahre stattgefunden, und es liegt nicht die Absicht vor, **eine Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone eintreten zu lassen. Dagegen ist die Feldartillerie diejenige Waffe, welche dringend einer Aenderung der Organisation bedarf.** Ich scheue mich gar nicht, wenn der Bundesrath zustimmt, an das hohe Haus heranzutreten, und ich hoffe, daß, wenn die Nothwendigkeit einer Aenderung auf technischem Gebiet nachgewiesen wird, das Haus dem zustimmen wird.

Abg. Dr. **Paasche** (nl.): Es ist nicht meine Absicht, eine längere Rede zu halten. Zunächst möchte ich mich gegen die Aeußerung des Abg. Rickert wenden, daß die Sozialdemokraten wahre Waisenknaben gegen die Herren vom Bund der Landwirthe seien. Dies hätte Herr Rickert nicht sagen sollen, denn Herr Bebel hat es in seiner Rede so dargestellt, als ob in Deutschland so trübe Zustände herrschten, daß wir uns schämen müßten. So ist es denn doch Gott sei Dank noch nicht in Deutschland. Auf alle Einwände des Abg. Bebel kann ich natürlich nicht eingehen, ich möchte nur auf die großen Opfer hinweisen, die wir für die Schule gebracht haben. Aber auch die zahlreichen Milliarden für die Armee und die Marine sind doch nicht für Spielereien ausgegeben, sondern für die Sicherheit des Landes, und dies ist doch auch ein Kulturfaktor. Herr Bebel sagt, die Lasten lägen fast allein auf den Arbeitern. Aber fast die Hälfte des deutschen Volkes besteht doch aus Arbeitgebern (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), denn von den 52 Millionen Deutschen entfallen mindestens 24 Millionen auf Arbeitgeber im weiteren Sinne. Von den 93 Millionen der Zuckersteuer wird auch der größte Theil von den besitzenden Klassen getragen, denn Sie (zu den Sozialdemokraten) haben doch selbst gesagt, der Arbeiter kann keinen Zucker essen. Aehnlich ist es bei den Einnahmen aus den andern indirekten Steuern, vor Allem bei der Branntweinsteuer. Denn man muß zum Ruhme des Arbeiterstandes wohl annehmen, daß die Arbeiter den Schnaps nicht alleine trinken. (Heiterkeit.) Es ist also durchaus falsch, wenn man es so hinstellt, daß blos die armen Leute die indirekten Steuern zahlten. Solche Rechenexempel haben mit dem praktischen Leben nichts zu thun. Man muß das Fazit der wirthschaftlichen Entwicklung ziehen, und dieses ergiebt, daß die Löhne gestiegen, die Preise für viele Lebensmittel gefallen sind. Bedenken Sie doch auch die Lasten, die die Arbeitgeber für die Arbeiter zahlen. Bedauerlich war es mir, daß auch Herr Richter sich die Anschauung Bebels zu eigen machte, indem er sagte: Wenn die Herren Kommerzienräthe für die Flotte einen Zuschlag zur Einkommensteuer zahlen sollten, würde ihre Begeisterung wohl schwinden. Meine Freunde haben im Abgeordnetenhause sich nie gegen eine direkte Einkommensteuer gesträubt. Sie sind, wie mein Freund Hammacher mit Recht ausführte, nur aus innerer Ueberzeugung für die Interessen des Vaterlandes eingetreten. Vielfach sind die Dividenden der Aktiengesellschaften gesunken, die Arbeiterlöhne aber gestiegen. Die Kohlenindustrie hat starke Verluste gehabt, die nicht die Arbeiter, sondern die Kapitalisten getragen haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Mancher Fabrikant beneidet seinen Arbeiter (Lachen bei den Sozialdemokraten), denn der Arbeiter steckt am Sonnabend schmunzelnd seinen Lohn ein und fragt nicht danach, wo das Geld herkommt. Unterschätzen Sie nicht die Arbeit des Arbeitgebers, denn seiner Intelligenz sind in erster Linie die günstigen Industrieverhältnisse zu danken! Der Abg. Richter ist gestern nicht so frisch gewesen wie sonst, er hat sogar ganze Sätze aus seiner vorjährigen Rede wiederholt. Zuruf: Zuckersteuer!) Darauf lasse ich mich gar nicht ein. (Heiterkeit.) Herr Richter hat von dem Fiasko der neueren Gesetzgebung gesprochen, aber die Landwirthe sind sowohl mit dem Börsen- als auch dem Margarinegesetz ganz zufrieden. Die Getreidepreise haben sich in Folge des Börsengesetzes bedeutend gehoben, die Auslandspreise sind weit niedrigere als unsere Inlandspreise. Der größere Theil der Landwirthe weiß nichts von einem Fiasko, sie sind ganz zufrieden. Höchstens einige Börsenbarone sind unzufrieden, die gerne mehr Profit gemacht hätten. Ich bedaure es zwar, daß hier in Berlin kein gesunder Getreidehandel mehr besteht, aber wer trägt denn die Schuld daran? Doch nur die Großhändler. Man kann also keineswegs von dem Fiasko der agrarischen Gesetzgebung sprechen. Die Sozialdemokraten haben zuerst wacker beim Börsen-Gesetz mitgewirkt, aber doch dagegen gestimmt, weil sie behaupteten, das Verbot des Terminhandels vertheuere das Brod. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Das Korn ist doch theurer geworden.) Eine der schwierigsten Fragen ist die Arbeiterfrage, auch hier wird auf die Agrarier geschotten. Aber viele Leute auf dem Lande werden weit besser bezahlt als die Arbeiter in der Stadt. Denken Sie nur an die Konfektionsbranche! Aber die Mädchen halten sich heute viel zu gut, schmutzige Arbeit will keine thun. Schweinefleisch wollen sie alle essen, wenn aber eine Bauersfrau eine Schweinemagd sucht, findet sie keine. Die Arbeit ist zu schmutzig, da ziehen die Mädchen lieber in die Stadt und arbeiten für ein paar Groschen, um sich dann Abends herumzutreiben. Auch die Dienstmädchen werden immer seltener, die Mädchen arbeiten lieber für weniger Geld in der Fabrik, anstatt in einer ordentlichen Familie zu dienen. Einer gesunden Entwickelung unserer Arbeiterschutzgesetzgebung stehen auch meine Freunde sympathisch gegenüber, dies hat schon der Antrag unseres Fraktionsgenossen von Heyl bewiesen. Energisch muß ich gegen die Aeußerung des polnischen Vertreters protestiren, der die Tribüne des Reichstages benutzte, um es so darzustellen, als ob in den östlichen Provinzen die Rechte preußischer Staatsbürger mit Füßen getreten würden. Hier und da mögen einzelne Organe gefehlt haben, aber wenn man eine Rechnung über die beiderseitigen Unterdrückungen aufstellt, würde es sich herausstellen, daß die Rechnung sehr zu Ungunsten der Polen ausfiele. (Sehr richtig!) Herr von Kardorff wollte uns damit graulich machen, daß 900 Millionen Menschen die Silberwährung hätten, aber unter diesen 900 Millionen sind auch die 400 Millionen Chinesen, was spielen die denn für eine Rolle. Die Bimetallisten sprechen auch immer von dem Abnehmen der Golddecke, aber die Goldproduktion hat auch in diesem Jahre wieder bedeutend zugenommen. Unsere Finanzlage ist eine durchaus gesunde, doch bedarf es noch einiger reinlichen Scheidung zwischen den Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten. Wenn die Einheit des Reiches nur durch die Matrikularbeiträge zusammengehalten würde, würde es traurig um das Reich stehen. Unser Etat enthält verschiedene Neuforderungen, jedoch keine, die uns zu besonderen Bedenken Anlaß gäben. Auch für die Kulturaufgaben, für Kunst und Wissenschaft ist in reicherem Maße als sonst gesorgt. Das warme Abendbrod der Soldaten entspricht dem allgemeinen Wunsche des Reichstages. Die Soldatenkost soll auch noch durch allerlei Zusätze verbessert werden. Ich möchte auch jetzt wieder auf den Zucker hinweisen, der als wohlfeiles und gesundes Nahrungsmittel, namentlich zum Ersatz der Muskelsubstanz nach großen Anstrengungen sehr wohl geeignet ist. Wissenschaftliche Autoritäten haben den hohen Nährwerth des Zuckers aufs überzeugendste nachgewiesen. Sonst fordert der Militäretat keine erheblichen Mehrforderungen, besonders bewegen sich die Ausgaben für Kasernenbauten in bescheidenen Grenzen. Spezialfragen werden in der Kommission am besten zu erörtern sein. Dagegen möchte ich beim Etat des Reichseisenbahnamts auf die zahlreichen Eisenbahnunfälle der letzten Zeit hinweisen und die Schaffung einer möglichst straffen Kontrole anregen.

In Bezug auf die Wirkungen der Handelsverträge kann ich nicht umhin, auf den Export unseres Zuckers hinzuweisen, ohne eine große Zuckerrede halten zu wollen. Das Hauptinteresse nimmt hier das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Anspruch, welche den aus Ländern mit Exportprämien eingehenden Zucker mit einem hohen Zuschlagszoll belasten. Dabei wird Deutschland insofern schwer geschädigt, als der Zuschlag für den von hier dort eingehenden Zucker nach den direkten Prämien berechnet wird, während bei dem französischen Zucker die indirekten Prämien zu Grunde gelegt werden. Ich möchte an die Reichsregierung die Bitte richten, dahin wirken zu wollen, daß, wenn nach dem System der Meistbegünstigung Amerika nicht differenziell behandelt werden kann, was ich sehr bedauern würde, wenigstens die bestehenden Gesetze in allen Einzelheiten durchgeführt werden, damit wir nicht übermäßig belastet werden. Ich fürchte, man wird überhaupt keinen Zucker mehr nach Amerika exportiren können, und wenn uns ein großer Theil des Weltmarktes, auf dem wir in den letzten Jahren für viele Millionen Zucker haben absetzen können, gesperrt wird, so ist es selbstverständlich, daß eine Depression eintritt, so daß wir nicht mehr den dem Weltmarktpreise entsprechenden Preis erzielen können. Ich gebe noch nicht die Hoffnung auf, daß es gelingen wird, die Zuckerprämien aufzuheben. Wir alle haben von jeher den Standpunkt vertreten: Wir wollen gar keine Prämien haben, sobald sie auch die anderen Staaten abschaffen. Hier liegt noch für die Reichsregierung ein weites Feld der Thätigkeit offen. Die Amerikaner erkennen gar nicht mal an, daß der Artikel 28 betr. die Meistbegünstigung für ganz Deutschland gilt, sie sagen, derselbe gilt nur für Preußen und nicht für das außerpreußische Deutschland. Der Abgeordnete Richter hat auch den wirthschaftlichen Ausschuß angegriffen, wir hätten gegen eine andere Zusammensetzung auch nichts auszusetzen, freuen uns aber, daß hier Industrie und Landwirthschaft einträglich zusammenarbeiten. Der Postetat fordert neue Unterbeamten und neue Poststellen, vielleicht wäre es angebracht, auch mehr als bisher ländliche Distrikte der Wohlthat des Telephons theilhaftig werden zu lassen. Der Schatzsekretär hat gesagt, es sei sein Bestreben gewesen, den Etat übersichtlicher zu gestalten, doch könnte auch hier noch manches geändert werden. Ich hoffe, daß der Schatzsekretär in der Kommission den Wünschen des Reichstags entgegenkommt. (Beifall.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Graf **von Posadowsky:** Der Abg. Richter hat mich interpellirt, wie es mit den Verhandlungen mit England und Amerika wäre. Wir haben

im Reichskanzleramt die Grundlagen für diese Verhandlungen festgestellt. Jetzt ist lediglich das Auswärtige Amt mit der Weiterführung der Angelegenheit beschäftigt, und diese befindet sich in einem Stadium, in dem es nicht gestattet ist, weitere Mittheilungen zu machen.

Der Abg. Richter hat gestern auch gefragt, wie es mit den Dispositionen bezüglich der Ausstattung des Reichstagsgebäudes sei. Sie finden in dem Etat hierfür zwei Posten, darunter einen von 300(00 Mk., die aus den Bauersparnissen herrühren. Beide Posten sind eingestellt worden auf Grund der Beschlüsse der Reichstags-Baukommission.

Der Abg. Richter ist auch auf dem wirthschaftlichen Ausschuß zu sprechen gekommen. Ich bitte bei der Kritik dieser Körperschaft nicht zu vergessen, daß der wirthschaftliche Ausschuß etwas ganz anderes darstellt, wie der Volkswirthschaftsrath. Dieser war eine große Versammlung, die vorzugsweise zur Begutachtung der Arbeiterschutzgesetzgebung bestimmt war. Der W. A. soll aber ein geschäftsführendes Kollegium von Sachverständigen sein, das der Regierung bei wirthschaftlichen Fragen an der Hand geht. Man hat beklagt, daß wir keine Arbeiter hineinberufen hätten. Wir konnten ihn aber nicht so groß wie den Volkswirthschaftsrath bilden. Auch ist es ganz selbstverständlich, daß eine Körperschaft, die aus dreißig Mitgliedern zusammengesetzt ist, nicht das unendlich mannigfache deutsche Erwerbsleben darstellt und die Vertreter vieler Industrien nicht enthalten kann. Es sollen aber über alle Spezialfragen Sachverständige gehört werden, sodaß sowohl den Wünschen der Industrien, die nicht vertreten sind, als auch denen der Handwerker und Arbeiter vollkommen Genüge geschehen wird. Der Abg. Richter hat nun gefragt: Ja, was hat denn ein solcher Ausschuß eigentlich zu thun. Diese Frage hat mich eigentlich etwas überrascht und ich möchte deshalb die Aufgaben des W. A. ganz kurz skizziren. Wenn man die einzelnen Positionen unseres Zolltarifs aufstellen will, so muß man sich vorher fragen: Wie groß ist die deutsche Produktion? Wie groß sind die Herstellungskosten? Wie viel von der Produktion wird vom Inlande konsumirt, wie viel vom Auslande? Wie weit kommt hier die Konkurrenz des Auslandes in Betracht? Wie hoch muß ein Zoll normirt sein, um unserer Industrie einen genügenden Schutz zu gewähren? Deshalb muß man zuerst eine umfassende Produktionsstatistik schaffen. Für die tausend verschiedenen deutschen Industrien, ebenso auch für die Landwirthschaft müssen Fragebogen aufgestellt werden, die jedem einzelnen Betriebszweig zuzustellen sind. Diese Fragebogen gehen dann wieder an Sachverständige, die sie zu bearbeiten und zu begutachten haben. Dies ist eine Riesenarbeit, eine Arbeit von Jahren, und der Umfang der Arbeit ist schon jetzt sehr groß. Wir haben beispielsweise jetzt schon eingehende Verhandlungen darüber geführt, wie der Fragebogen für die Textilindustrie aufzustellen ist. Dann kommt erst der zweite Theil der Arbeiten des Ausschusses: die Aufstellung eines neuen Zolltarifes. Als ich auf die Nothwendigkeit eines neuen Zolltarifes hinwies, ist diese Aeußerung zu meinem lebhaften Bedauern in der Presse vielfach falsch interpretirt worden. Man hat sich aber doch schließlich davon überzeugt, daß die Aufstellung eines neuen Zolltarifes die unerläßliche Vorbedingung für den Abschluß neuer Handelsverträge ist (Sehr richtig! rechts), weil unser Zolltarif vollkommen veraltet ist. Seine ursprüngliche Gestalt stammt aus dem Jahre 1880; währenddessen hat unsere Industrie auf technischem und chemischem Gebiete Riesenfortschritte gemacht. (Sehr richtig! rechts.) In den einzelnen Industrien sind eine Menge neuer Artikel zugekommen, die doch spezialisirt werden müssen. Darin liegt ja die Chance, bei Handelsverträgen günstig abzuschließen, wenn wir unseren Tarif möglichst spezialisiren. Die Aufstellung des neuen Zolltarifes ist eine ungeheure Arbeit, und wer sich an ihr betheiligen soll, muß nicht nur das Gebiet unserer Industrie völlig übersehen können, sondern auch die fremden Zolltarife beherrschen. Zunächst kommt die ganz objektive Arbeit, ein Schema, ein Gerippe für den neuen Zolltarif aufzustellen. Und erst wenn man sich über die verschiedenen Zweige der Industrie, über hundert Einzelfragen geeinigt hat, können wir daran gehen, die Zollsätze zu bestimmen. Und dann erst wird der Tarif Gegenstand der Verhandlungen der verbündeten Regierungen sein, der darauf dem Reichstage zugehen wird. Daß die Zeit des wirthschaftlichen Ausschusses ganz außerordentlich in Anspruch genommen ist, werden Sie sich klar machen, wenn Sie sich überlegen, wie viel Handelsverträge 1904 ablaufen. Schließlich wird es sich für den W. A. noch darum handeln, den Entwurf der Handelsverträge seinerseits zu begutachten. Es gehört ein großes Maß von Interesse für die vaterländische Industrie, von Sachkenntniß und Arbeit, um diese jahrelange Arbeit wirklich zu fördern. Es ist nun gegen den W. A. der Vorwurf erhoben worden, daß die Kleinindustrie in ihm nicht vertreten sei, ferner, daß keine Handwerker, keine Arbeiter und schließlich keine Konsumenten zugezogen seien. Wenn es sich um die Begutachtung von Handelsverträgen handelt, um so weit ausschauende Fragen des internationalen Verkehrs, da kann man doch nur solche Herren wählen, die als hervorragende Vertreter ihres Faches gelten, die das ganze Industriegebiet übersehen und auch Einfluß auf ihre Industrie besitzen. Daß wir keine Vertreter kleiner Industrien nehmen können, die kein Interesse am Export haben, ist selbstverständlich. Wir werden sie aber in einzelnen Fällen, wo es nöthig erscheint, auch hören. Wir werden auch die Handwerker hören. So haben kürzlich Handwerker Beschwerde geführt, daß sie nicht mehr konkurriren können, weil aus Amerika fertige Thüren und Fenster kommen. Man wird auch Arbeiter hören, wo es sich z. B. darum handelt, wie viel Rohstoff zu irgend einer Arbeit erforderlich ist. Aber wir können doch den Ausschuß nicht so zusammensetzen, daß er seinen Zwecken gar nicht mehr genügen könnte. Dazu ist die Arbeit des Ausschusses doch zu wichtig für das Wohl des deutschen Reiches (Beifall rechts). Wie man sich das vorstellt, daß über wirthschaftliche Maßnahmen die Konsumenten gehört werden sollen, verstehe ich nicht recht. Denken Sie z. B. an die Konfituren- und Konservenindustrie! Wir haben den ernstlichen Wunsch, uns über die wirthschaftlichen Fragen so weit wie möglich zu informiren, denn kein Reichsamt kann von vornherein das ungeheure Maß technischer Kenntnisse haben, die dazu erforderlich sind, um im Jahre 1904 die großen Handelsverträge abzuschließen. Wir können nur Hand in Hand mit einem Sachverständigenkollegium gehen, wenn wir bei diesem schweren ernsten Werke vollständig gerüstet sein wollen. Und einen autonomen Tarif müssen wir auch haben, der die Grundlage für die Verhandlungen bildet. In einer, wie es mir scheint, nicht besonders angebrachten Form ist über die Vertretung der Landwirthschaft gesprochen worden. Es giebt noch immer viele Leute, die sich auf landwirthschaftlichem Gebiete den Thatsachen gegenüber vollkommen taub stellen. Wenn man seit Jahren eine so mächtige Bewegung in landwirthschaftlichen Kreisen zu beobachten Gelegenheit hat, dann muß man sich doch sagen: Wo Rauch ist, da ist auch Feuer! und auch den Landwirthen eine entsprechende Thätigkeit in der Handelspolitik einräumen. Es ist daher unsere heiligste Pflicht, auf das Allerobjektivste zu prüfen, inwieweit die Forderungen der Landwirthschaft berechtigt sind, inwieweit sie sich mit dem Interesse der übrigen Bevölkerungskreise vertragen, und wenn wir zu der Erkenntniß kommen, daß die landwirthschaftlichen Interessen nicht genügend geschützt sind, ihnen dann einen höheren Schutz zu gewähren. (Hört, hört! links, Beifall rechts.) Nun, meine Herren (links), wollen Sie uns das versagen, daß wir diese Frage prüfen. Sie wollen doch gerade, daß jeder andere Interessant gehört wird, nur bei einer so großen Interessentengruppe, die 35 Prozent aller Ein-Einwohner beschäftigt, da wollen Sie die Prüfung nicht zulassen? Das kann doch unmöglich dem Gefühl der ausgleichenden Gerechtigkeit entsprechen. Wir müssen prüfen, ich sage es noch einmal, inwieweit sich die Ansprüche der Landwirthschaft mit denen der Industriellen und der übrigen Bevölkerung vertragen, und kommen wir zu dem Schluß, daß die Landwirthschaft nicht genügend geschützt ist, so müssen wir dafür sorgen, daß ihre Existenz erhalten bleibt, und daß sie die Stelle einnimmt, die ihr aus politischen und volkswirthschaftlichen Gründen zukommt. (Beifall rechts.)

Sie meinen, das Zuckersteuergesetz sei bereits sozusagen über Bord geworfen. Das hat mein Herr Amtsnachfolger nicht gesagt, das konnte er gar nicht sagen, denn man wird nichts über Bord werfen, ehe man etwas Besseres dafür hat. Mein Amtsnachfolger hat nur gesagt, das Gesetz habe nicht alle Erwartungen erfüllt. Und darin hat er vollkommen recht, denn es sind Erwartungen an das Gesetz geknüpft worden, die gar nicht erfüllt werden konnten. Worauf kam es denn bei dem Gesetze an? Man wollte eine sprunghafte Vermehrung der Produktion verhindern, und dieser Zweck des Gesetzes ist auch bis zu einem gewissen Grade erreicht worden. Und wenn wir die Zuckerprämien abschaffen, so hat auch gerade dieses Gesetz einen wesentlichen Anstoß dazu gegeben. Die Abschaffung der Zuckerprämien aber ist jederzeit von der Regierung betont worden, und ich wünschte nichts mehr, als daß wir dieses Ziel erreichen. Darüber ist sich ja auch das ganze Haus einig. Der Abg. Richter hat endlich getadelt, daß die Repräsentationsgelder des Reichskanzlers erhöht werden sollen, ohne daß vorher eine Resolution beschlossen ist. Ich weiß nicht, wie der Abg. Richter eine solche Aeußerung thun konnte, nachdem er den Vorgängen beigewohnt, die sich in der Budgetkommission im vorigen Jahre abgespielt haben. (Beifall rechts.)

Abg. **Zimmermann** (Antisemit): Ich hoffe, daß unsere Sachverständigen bei dem Abschluß der nächsten Handelsverträge etwas besser informirt sind, als es beim Abschluß der jetzigen der Fall gewesen ist, damit wir auf bessere Ergebnisse rechnen können. Es ist uns nach Ablehnung aller anderen Mittel zur Hebung der Landwirthschaft nur noch der Schutzzoll geblieben. Wenn Abg. Bebel die Melioirung von Büchen ꝛc. verlangt, so haben sozialdemokratische Blätter wie z. B. die „Sächsische Arbeiterzeitung" erklärt, daß die Sozialdemokratie die Mittel dazu verweigern müsse, weil das Programm die Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden verlangt. Uebrigens sind 76 Proz. des gesammten Grund und Bodens in den Händen von Kleinbauern. Zurückweisen muß ich die Bebelschen Behauptungen, daß die Bäckermeister falsche Aussagen bezüglich der Bäckereiverordnung gemacht haben. Wie würde es Herrn Bebel gefallen, wenn ich sagen würde, die Bäckereiarbeiter hätten falsche Aussagen gemacht? Die Mannschaften verschiedener Truppentheile sind mit Hinweis auf einen Allerhöchsten Wunsch aufgefordert worden, ihre Cigarren von einem Berliner Militärwaarenhaus zu beziehen, das unter der Leitung eines Generals v. Baschko stehe. Wie ist das möglich? Sehr wichtig ist auch die Frage unserer jüdischen Mitbürger. Die Zunahme des Judenthums in den großen Städten geht mit dem Wachsthum der Sozialdemokratie Hand in Hand. Für neue indirekte Steuern sind wir nicht zu haben, eine progressive Reichseinkommensteuer scheint uns das einzig Richtige. Wir meinen fernen, daß das deutsche Reich auch seine schützende Fittiche über die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen halten muß. Der Graf Hohenthal fragte freilich mit Bezug auf die Sprachenverordnung in Oesterreich: Was geht uns das an? Ebenso gut könnte man fragen: Was geht uns die eigene Mutter an? wenn man die deutsche Muttersprache so wenig achtet. Glaubt man denn, daß das Bündniß mit Oesterreich von Bestand ist, wenn dort das Tschechenthum zur Herrschaft gelangt? Ich stimme keineswegs mit allen Thaten der Obstruktion im Reichsrath überein, meine aber doch, daß die Regierung Sympathiekundgebungen wie die des Alldeutschen Verbandes nicht verhindern sollte. Wir bedauern die eigenthümliche Haltung der einzelnen Bundesregierungen, Sachsen ist in dieser Beziehung von Berlin noch übersächselt worden! Die sächsische Regierung soll sich bereit erklärt haben, die Grenze durch Gendarmen zu sperren. Mit Deutsch-Oesterreich verbinden uns Bande des Blutes, wir werden zu den Deutschen dort halten, auch wenn die leitenden Diplomaten anders denken. Unser Volksthum weiß selbst seine Richtschnur zu finden.

Abg. **v. Hodenberg** (Welfe): Ueber Fragen der auswärtigen Politik hier zu sprechen ohne vorheriges Einvernehmen mit der Regierung entspricht nicht den Gewohnheiten dieses Hauses. Bezüglich einer richtigen auswärtigen Politik sollte man sich nach der Maxime richten, welche Frhr. v. Marschall am 19. Februar 1896 hier bei Behandlung der Transvaalfrage gab, daß wir mit Niemand Händel suchen, aber das deutsche Ansehen und Recht auch im Auslande schützen werden. Bei Beurtheilung der österreichischen Verhältnisse muß man auf die historische Entwicklung seit 1866 eingehen. Damals sagte Fürst Bismarck, das Schwergewicht Oesterreichs müsse nach Pest verlegt werden. Das ist nun eingetreten und die letzten Pester Kaisertage haben vielleicht dazu noch beigetragen. In Oesterreich spielt Ungarn dieselbe Rolle wie Preußen in Deutschland. (Widerspruch.)

Ueberaus peinlich berührt es, wenn diesem ungarischen Parlamentarismus ein Loblied gezollt wird, diesem Parlament, das zu Stande kommt auf Grund eines so elenden Wahlsystems, wie es kein schlimmeres in der Welt giebt, und auf Grund dessen gerade die Deutschen in Ungarn geknechtet werden. Die Lage in Pest habe dazu beigetragen, den Deutschen ihre Lage noch mehr zu erschweren und außerdem Verwickelungen in Oesterreich herbeizuführen. Aus diesem Grunde muß man über die Pester Tage sein Bedauern aussprechen. Anders steht es nun mit dem, was der Abg. Zimmermann hier gesagt hat. Auf diesem Gebiete muß man den deutschen Regierungen Anerkennung dafür aussprechen, daß sie nicht geduldet haben, daß die aufrührerischen vaterländischen Liberalen (Oho! bei den Antisemiten.) auch hier ihr Wesen spielen. Ich spreche nun über das Verhältniß der deutschen Bundesstaaten unter einander. Was zunächst unser Hannoveraner-Verhältniß anlangt, so gehören wir ja zur Zeit zum Königreich Preußen. (Heiterkeit.) Ich werde deshalb unsere Beschwerden hier nicht anbringen. Wir erkennen auch an, daß seitens des Reichskanzlers nie etwas gegen uns unternommen ist, was wir als Bedrückung oder Einschränkung unserer bürgerlichen Rechte betrachten können. Sehr vieles, was gegen uns unternommen ist, fällt untergeordneten Organen zur Last, und der Reichskanzler hat keine Kenntniß davon. Ich muß es tadeln, daß man in Hamburg einen dortigen Volksschullehrer gemaßregelt hat, weil er in einem hannöverschen Wahlkreise als welfischer Kandidat aufgetreten ist. In Hessen und Braunschweig hat man zahlreiche Beamte und Offiziere gezwungen, ihren Abschied zu nehmen, weil sie vaterländischen Vereinen angehörten. Derartiges muß Mißstimmung hervorrufen. Was die Lipper Affaire anlangt, so ist die ganze Art und Weise, wie die offiziöse Berliner Presse die Sache behandelt hat, nicht geeignet, das Vertrauen in die bundesfreundlichen Absichten Preußens zu verstärken. Alle diese Thatsachen rufen in uns das Gefühl wach, daß das deutsche Reich noch nicht so stark ist, wie es wünschenswerth wäre und [illegible] volles Vertrauen zu den leitenden Bundesst[illegible] Dagegen bedaure ich der [illegible] nur ein Ausfluß der allgemeinen Unzufriedenheit ist, sondern schließlich darauf hinausläuft, das Reich zu zerstören. (Widerspruch.) Wir wünschen, daß es dem Fürsten Hohenlohe bescheert sein möge, Vertrauen in die Reichsregierung herzustellen, dadurch daß er den verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechten Geltung verschafft. Dadurch würde er sich ein Denkmal setzen, das die jetzigen Denkmäler überdauert.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Die beiden Vorredner haben mir gerade bewiesen, wie gut es ist, bei der bisherigen Gepflogenheit des Hauses zu bleiben und die auswärtige Politik sehr vorsichtig zu behandeln. Was soll denn das heißen, daß z. B. der Abg. Zimmermann die große Mehrheit des österreichischen Parlaments auf's Heftigste angreift? Meinen denn die Herren, daß wir auf diese Weise die Freundschaft uns verbündeter Nationen aufrecht erhalten können, daß wir auf diese Weise den europäischen Frieden fördern? Bleiben wir lieber bei unserer alten Gepflogenheit. (Beifall rechts.) Ich halte es ferner für nothwendig, daß die heftigen Angriffe auf den Reichskanzler mit Rücksicht auf ein angebliches Nichtwerthalten auch aus dem Hause eine Zurückweisung erfahren. Ich halte die Ansicht, die sich auch im Lande festgesetzt hat, daß der Reichskanzler illoyal vorgegangen sei, für absolut unbegründet. Bei Gelegenheit der Berathung über den Antrag Bassermann auf Aufhebung des Koalitionsverbotes haben wir uns vollständig damit einverstanden erklärt, haben aber andererseits Korrelate verlangt, die der Regierung diejenige Macht, die ihr durch die Aufhebung des Koalitionsverbotes entzogen würde, wieder gebe. Diese meine Ansicht ist in diesem Hause ohne Widerspruch geblieben (Lachen links), auch die Regierung hat meiner Auffassung nicht widersprochen. Auch bei der Berathung des bürgerlichen Gesetzbuches habe ich darauf hingewiesen, daß die Aufhebung des Koalitionsverbots nicht ohne Kompensationen erfolgen könne. Herr Richter fragte freilich, wie kann der Reichskanzler soviel auf die Worte eines einzelnen Mannes geben. Aber was sagte damals Herr von Bennigsen? Keiner aus diesem Hause hat damals eine klare Auskunft von dem Reichskanzler verlangt. Das ganze bürgerliche Gesetzbuch drohte zu scheitern, wenn man es mit einem Stück Vereinsgesetz bepackt hätte. Die dahingehende Erklärung der Konservativen war mindestens ebenso entscheidend, wie die Ausführungen des Reichskanzlers. Nach diesen beiderseitigen Erklärungen konnte kein Zweifel darüber herrschen, daß in Preußen wenigstens Kompensationen gefordert würden. (Widerspruch links.) Das Versprechen des Reichskanzlers ist vollkommen eingelöst, der preußische Landtag hat doch eine Vorlage bekommen! Ein Recht, den preußischen Landtag zur Annahme eines Gesetzes, das er nicht haben wollte, zu zwingen, hat die Regierung keineswegs; das preußische Herrenhaus würde niemals seine Zustimmung zu der einfachen Aufhebung des Verbots gegeben haben. Wenn man darauf hinweist, daß in anderen Staaten die einfache Aufhebung des Verbots bereits erfolgt ist, so darf man nicht dabei außer Acht lassen, daß andere Staaten, Sachsen vor allem, weit schärfere Vereinsgesetze haben, als Preußen. Ich halte es übrigens für durchaus unangebracht, daß in dem Maße, wie es bei der diesmaligen Etatsberathung seitens der Abgg. Rickert und Richter geschehen ist, preußische Angelegenheiten von der Tribüne des Reichstages besprochen werden. Die Hülleschen Schriften habe ich ganz genau gelesen und kann sie nur aufs beste empfehlen. Sie unterscheiden sich vortheilhaft von den Schriften des evangelischen Hilfsvereins, sie tragen keine konfessionelle Spitze und greifen auch nicht den Reichstag an, wie der Abg. Richter behauptete. In der Frage der Sozialreform hat die Bourgeoisie stets ihre Schuldigkeit gethan; der preußische Landtag hat sogar über die Köpfe der Regierung hinweg die Reicheren höher und die Aermeren niedriger besteuert als die Regierung es wollte. Aber auch die indirekten Steuern, wenn man sie richtig ansieht, treffen den kleineren Mann weniger als den Reicheren. Ich selbst habe s. Z. die Aufhebung der Salzsteuer empfohlen. Mit den Angriffen meines Freundes von Kardorff auf die Reichsbank bin ich nicht einverstanden, und glaube auch nicht, daß die Landwirthschaft durch den hohen Diskontosatz so belastet ist, wie Herr v. Kardorff meinte. Die einfache Gegenüberstellung des deutschen und französischen Bankdiskonts beweist noch nichts, man muß die Ursachen berücksichtigen, die die Erhöhung bewirkt haben. Der hohe Bankdiskont bei uns ist eine Folge der regen Entwicklung der Industrie, besonders der Bauthätigkeit. Zwischen Landwirthschaft und Industrie besteht allerdings eine Interessengemeinschaft. Die Industrie hat sich bestens entwickelt, Arbeitslose giebt es nicht viele, die Industrie mit ihren besseren Löhnen hat sie an sich gezogen, deswegen herrscht in der Landwirthschaft Arbeitsmangel, und der Industrie erwächst die Pflicht, der Landwirthschaft entgegenzukommen. Die Herren vom Bund der Landwirthe, denen man alles Mögliche vorwirft, sind bereit, dem Vaterlande alles zu bewilligen, während die Sozialdemokraten alles verweigern.

Staatssekretär des Auswärtigen **von Bülow:** Ich werde mich in dieser vorgerückten Stunde nicht anschicken, ein diplomatisches Duell auszufechten mit dem Freiherrn von Hodenberg, schon deshalb nicht, weil ich mir nicht die Fähigkeit zutraue, so schwerwiegende Fragen im Handumdrehen zu behandeln. (Heiterkeit.) Nur in Kürze will ich konstatiren, daß die Besorgniß des Freiherrn von Hodenberg, als ob der Dreibund irgendwie erschüttert wäre, völlig unbegründet ist. Der Dreibund erfreut sich des besten Wohlseins. (Heiterkeit.) Unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Italien sind gleich gute, und die Pester Tage haben nur dazu beigetragen, diese Beziehungen zu konsolidiren. Hieran möchte ich noch eine Bitte anschließen. In der heutigen Diskussion sind mehrfach die inneren Verhältnisse der österreichisch-ungarischen Monarchie berührt worden. Wie wir gegenüber diesen internen Vorgängen stehen, hat jeder mit sich selbst abzumachen. Gedanken sind zollfrei und Gefühle sind es auch, wenn aber solchen Gefühlen Ausdruck gegeben wird, wird meines Erachtens die Pflicht zur Mäßigung, Besonnenheit und zur Achtung fremder Rechte um so nöthiger, je bedeutsamer die Stelle ist, wo solche Insinuationen erfolgen. (Abg. Bebel ruft: Sehr richtig! Sehr richtig!) Wir würden nicht wünschen, daß fremde Nationen und fremde Parlamente sich einmischen in unsere Verhältnisse und in die Parteikämpfe, an denen es auch bei uns ab und zu nicht fehlt. Aber weil wir vom Auslande ein ganz korrektes Verhalten verlangen, sind wir selbst zu einem solchen verpflichtet. (Sehr richtig! rechts.) Und diese Pflicht besteht ganz besonders gegenüber der verbündeten und eng befreundeten österreich-ungarischen Monarchie, an deren Spitze ein Herrscher steht, zu dessen Weisheit alle seine Völker mit gleichem Vertrauen emporblicken können. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf **vertagt** sich das Haus.

Nächste Sitzung: **Mittwoch 1 Uhr: Schleuniger Antrag Rickert** auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. **Pachnicke.** Fortsetzung der **Etatsberathung**, erste Berathung der **Militärstrafprozeßordnung.** Schluß nach 6½ Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reng in Karlsruhe.